

## Anmerkungen zum EURATOM-Manifest

In **Österreich** sind wir in Sachen EURATOM ziemlich weit gekommen: Bewußtseinsbildung i.d. Bevölkerung; alle Oppositionsparteien für EURATOM-Austritt, zumindest als Verhandlungsmasse, um zumindest eine EURATOM-Revisionskonferenz eher zu erreichen. Bei den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP stehen wir aber bis zu einer eventuellen anderen Regierungskonstellation derzeit an.

In **Deutschland** ist die aktuelle Regierungskoalition ebensowenig für EURATOM-Kündigung/Revision aktiv. Dennoch ist Deutschland das „Hoffungsgebiet“: es kann zurückgegriffen werden auf EURATOM-kritische Initiativen „von oben“ (Rot und Grün im Bundestag, bes. dank SCHEER & FELL; Bundesratsbeschuß für EURATOM-Reform schon 1989, d.h. nach Tschernobyl, auf Initiative des Saarlandes/UmwMin JO LEINEN; u.a.m.). - Und: Merkels Ethik-Kommission bezeichnet in ihrem Schlußdokument 2011 die Kündigung des EURATOM-Vertrages als logische Folge des Atomausstiegs.

Es geht in Deutschland jetzt v.a. darum, „von unten“ Druck zu machen, dafür zunächst viel mehr öffentliches Bewußtsein zu schaffen und zwar zunächst in den Atomgegnerorganisationen selber. Erst in der Folge scheint eine breite Unterschriftenkampagne o.ä. eventuell zielführend. Das „Manifest“ scheint uns ein geeignetes Instrument,

1. Grundinformation zur Wirkung des EURATOM-Vertrages (bei Strahlenschutz, Atommüll, Reaktorforschung...) unter die Leute zu tragen und einen gleichen Mindestwissensstand zu EURATOM zu schaffen.
2. Um diesen Text herum kann sich zugleich ein Bewußtsein von der EURATOM-Problematik kristallisieren – von der sich die atomfreien und Ausstiegsländer der EU nicht abkoppeln können.
3. Die bisher wenig koordinierten Anläufe von NGOs zu EURATOM lassen

# MANIFEST für des EURATOM -

**Heinz Stockinger** Der EURATOM-Vertrag (EAG-V) begründete 1957 die Europäische Atomgemeinschaft (EAG). Er ist seitdem inhaltlich völlig unverändert. Somit ist er doppelt anachronistisch: in seiner Substanz und im Verhältnis zur heutigen öffentlichen Meinung zur Atomkraft. Bis heute zeitigt er dabei laufend EU-Sekundärrecht (Verordnungen, Kooperationsverträge, Richtlinien usw.)

aktoren, „Astrid“ in Frankreich beschlossen), und die Kernfusion (Versuchsreaktor ITER in Cadarache, F) sollen das Atomzeitalter zementieren, weit in die Zukunft hinein. Beide Reaktorprogramme werden durch das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung mit Milliarden Euro gestützt.



2009 in Wien: Aktion der Kampagne "RAUS aus EURATOM"

und ist zugunsten der Atomindustrie hoch wirksam. Eine ganze Reihe von Institutionen beziehen ihre Legitimation aus dem EAG-V, wie etwa die Europäische Versorgungsagentur für Kernbrennstoffe.

Das oberste EURATOM-Ziel, der „Aufbau einer mächtigen Kernindustrie in Europa“ (Vertrags-Präambel), ist für einen Teil der europäischen „Eliten“ keineswegs so überholt, wie es in atomfreien und ausstiegsorientierten EU-Staaten scheint: die Atomenergie – nicht die Erneuerbaren – soll die große Ablösung der Fossilwirtschaft bringen. Neue Kernspaltreaktoren, insbesondere „Schnelle Brüter“ (Generation-4-Re-

Diese beiden Entwicklungslinien können überdies von atommilitärischem Interesse bestimmt sein – ein plausibler Hintergrund für das eiserne Festhalten an EURATOM trotz Tschernobyl und Fukushima und trotz der veränderten öffentlichen Meinung. Explizit ausgesprochen hat dieses zivil-militärische strategische Doppelziel u.a. der französische Admiral Pierre Lacoste. Ähnliche Äußerungen existieren vom ehemaligen deutschen Generaltruppeninspekteur Klaus-Dieter Naumann und hohen europäischen Politikern wie François Mitterrand und Jacques Delors.[1]

Das starre Festhalten an der Bastion EURATOM geht Hand in Hand mit

